



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Kohlhof

Telefon: (0221) 24831

Fax: (0221) 26500

E-Mail: Kathrin.Kohlhof@STADT-KOELN.DE

Datum: 07.02.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 19.11.2019, 17:05 Uhr bis 17:57 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Sophie Sänger	TX Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Frau Sabine Stiller	CDU
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Karl-Heinz Walter	SPD

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Frau Gerdi Hugoth	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	Jugendzentrum anyway e.V.
--------------------	---------------------------

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna eröffnet die Sitzung. Er verpflichtet Herrn Heinz Peter Bourry als sachkundigen Einwohner.

Der TOP 4.1. wurde zurückgezogen.

Der TOP 5.2. wird in die nächste Sitzung verschoben. Der TOP 5.1. wird eventuell in der Sitzung weiter nach hinten geschoben, damit Frau Böttger aus der Verwaltung etwaige Fragen beantworten kann. Sie ist zum Zeitpunkt der Sitzung noch im Jugendhilfeausschuss.

Die Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bittet Herrn Dr. Rau zu dem von der Tagesordnung genommenen Vortrag „Drogenhilfekonzert 2020“ Stellung zu nehmen.

Der Beigeordnete für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, berichtet, das Konzept sei abgeschlossen, es sei verwaltungsintern noch nicht durch alle Mitzeichnungsebenen gegangen. Der geplante Vortrag sei im Zusammenhang mit dem Konzept zu sehen, sodass man beschlossen habe, den Vortrag in einer späteren Sitzung zu halten.

In dem Vortrag hätte man dargestellt, dass das Element der Drogenkonsumräume vor der Inbetriebnahme stünde. Im Laufe des Dezembers würden die mobilen Drogenkonsumräume in Betrieb genommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, dieses Thema unter TOP 7 bzw. TOP 13 zu diskutieren.

RM Herr Dr. Strahl möchte eine konkrete Angabe wann die mobilen Drogenkonsumräume geöffnet werden.

Der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Nießen, ob die Eröffnung am 04.12. oder am 05.12. stattfinden hänge von der ministerialen Erlaubnis ab. Man habe am 25.11. eine Bürgerversammlung in St. Peter, bei der die Anwohnerinnen und Anwohner informiert würden. Am 02.12. gebe es ein Pressegespräch sowie die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger die Konsumräume zu besichtigen.

RM Herr Paetzold fragt, ob man das Drogenhilfekzept vor der nächsten Sitzung zu lesen bekäme.

Herr Dr. Rau antwortet, dass dies der Fall sein werde.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Standorte zur Unterbringung Geflüchteter in der Ostmerheimer Str.
3846/2019

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Rettungsdienste und ihre Ausrüstung
AN/1525/2019

5 Beschlussvorlagen

5.1 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten"
3437/2019

5.2 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld
hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“
3588/2019

5.3 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
2908/2019

6 Mitteilungen

6.1 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
3581/2019

6.2 Winterhilfe für wohnungslose Menschen 2019- 2020
3671/2019

6.3 Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG)
hier: Weiterführung der bisher im Rahmen der niederschweligen Eingliederungshilfe aus dem SGB XII finanzierten Beratungsangebote
3955/2019

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- 2.1 Standorte zur Unterbringung Geflüchteter in der Ostmerheimer Str. 3846/2019
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Rettungsdienste und ihre Ausrüstung AN/1525/2019
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten" 3437/2019

RM Herr Paetzold würde gerne das Votum des JHA abwarten.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen berichtet, man habe 2017 einen städtischen Planungsworkshop durchgeführt, bei dem man zum Thema Gesundheit beteiligt war. Man habe Themen wie Frühe Hilfen, Schwangerschaftskonfliktberatung und kinder- und jugendpsychiatrischer Dienst eingebracht. Dies sei im Konzept vertreten. Das Thema Gesundheit sei fachlich gut aufgenommen worden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, den Beschluss ohne Votum weiterzuschieben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt das Leitbild und die Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern!“. Sie dienen der Verständigung innerhalb der Verwaltung über die notwendigen Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligungslagen junger Menschen und ihrer Familien in Köln und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf der Praxisebene.
- (2) nimmt die Ergebnisse des im Rahmen des „Monitoring Stadtentwicklung“ etablierten Präventionsmonitorings (Kapitel 4.1.) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Indikatoren gestützte Analyseinstrument zur Beobachtung von

Präventions- und Interventionsbedarfen als Frühwarnsystem auf sozialräumlicher Ebene weiter zu entwickeln.

- (3) beauftragt die Verwaltung mit der Weiterentwicklung der Präventionskette gegen Kinder, Jugend-, Familienarmut in Köln, beschließt die vorgeschlagenen Maßnahmen auf der Strukturebene (Kapitel 6.2.) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.
- (4) beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Maßnahme „modellhafte Umsetzung einer gesunden Familiengrundschule“ (Kapitel 6.3.) konzeptionell zu entwickeln. Die Maßnahme soll entsprechend der strategischen Ziele der Gesamtstrategie umgesetzt werden. Das Konzept wird nach Erstellung und bei gesicherter Finanzierung dem Rat vorgelegt und zur Umsetzung vorgeschlagen.
- (5) beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien jährlich über den weiteren Umsetzungsstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen

5.2 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ 3588/2019

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt das Leitbild Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ als Ergebnis des ersten Verfahrensschrittes der Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld zur Kenntnis;
2. beschließt das Leitbild als Grundlage für die weitere Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld;
3. beauftragt die Verwaltung, das Leitbild beim nächsten Verfahrensschritt, dem städtebaulichen Qualifizierungsverfahren als Grundlage zu beachten.

Alternative: keine

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

5.3 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln 2908/2019

SE Frau Sänger weist darauf hin, dass andere Hubschrauber und andere Einsätze vor fünf Jahren weniger als die Hälfte gekostet hätten. Sie fragt, warum diese Gebühren doppelt so hoch seien wie in anderen Bereichen.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Prof. Dr. Dr. Lechleuthner, klärt auf, man rechne die gesamten Kosten der Hubschrauber zusammen. Der eine Teil ergebe sich aus Bundespolizei und Besatzung, der andere Teil aus dem Ausschreibungsergebnis ITH. Die Kosten würden dann durch die Flugminuten geteilt, die prognostiziert seien. Daraus ergebe sich der Flugminutenpreis. Wenn man weniger Einsätze habe, die Kosten aber gleich bleiben, dann steige der Flugminutenpreis, bei mehr Einsätzen sinke der Preis entsprechend.

SE Frau Sänger antwortet, wenn die Einsätze stiege, könne man die Kosten senken.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner stimmt dem zu. Es sei allerdings so, dass immer mehr Hubschrauber in Nordrhein-Westfalen eine Genehmigung zusätzlich außerhalb des öffentlichen Rettungsdienstes erhalten hätten. Das Land erstelle derzeit einen Luftrettungsdienstbedarfsplan um mit diesem tatsächlich errechneten Bedarf, die Hubschrauber entsprechend vorzuhalten.

RM Herr Heinlein berichtet, in der Gebührenbedarfsberechnung 2018 gebe es einen Punkt 5 Kostenbereinigung. Diesem entnehme er, dass die Stadt Köln aus dem Haushalt Teile des Luftrettungskonzepts doch bezahle. Nämlich die Kosten, bei denen die Forderungen an den Nutznießer der Leistung nicht eingetrieben werden könne. Er fragt wie hoch diese Kosten in den Jahren 2017/2018 gewesen seien.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner wird hierzu die Zahlen nachliefern.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Unna merkt an, diese Zahlen seien relevant, da in der Vergangenheit der Stadtdirektor gesagt habe, dass sämtliche Kosten zu 100 Prozent gedeckt seien.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner berichtet, die Krankenkassen hätten hierzu eine restriktivere Haltung in den vergangenen Jahren eingenommen. Früher seien die Krankenkassen großzügiger gewesen und hätten diese Einsätze zugestanden.

RM Herr Paetzold möchte heute gerne darüber abstimmen, damit die Stadt die Gebühren einnehmen könne.

SB Frau Houben fragt warum nicht mehr zwischen primär und sekundär Einsätzen differenziert werde.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, die primäre Abrechnung sei traditionell beim Christoph 3 der Fall gewesen. Allerdings sei die Pauschale bei längeren Flügen nicht kostendeckend. So könne man mit diesem Refinanzierungsmodell die Kosten nicht decken. Daher stelle man auf Flugminuten um, da auch der Christoph 3 weitere Strecken fliege.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6 Mitteilungen

**6.1 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
3581/2019**

**6.2 Winterhilfe für wohnungslose Menschen 2019- 2020
3671/2019**

SB Frau Houben begrüßt dieses Angebot.

RM Herr Paetzold schließt sich dem an.

6.3 Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG) hier: Weiterführung der bisher im Rahmen der niederschweligen Eingliederungshilfe aus dem SGB XII finanzierten Beratungsangebote 3955/2019

RM Frau Gärtner bedankt sich bei der Verwaltung für die permanenten Berichte. Man habe gehört, dass an Übergangslösungen gearbeitet werde. Wenn man als Politik etwas beitragen könne, benötige man ein Signal der Verwaltung.

Herr Dr. Rau bedankt sich für das Angebot. Er könne sagen, dass ständig daran gearbeitet werde. Die Materie sei so komplex, dass mit Nachbesserungen gearbeitet werden müsse. Zwischen dem LVR und den Kommunen seien die Vereinbarungen auf gutem Wege. Man müsse sich vor Augen halten, dass es sich um einen Paradigmen-Wechsel handele. Man sei dankbar für die politische Rückendeckung bei etwaig erforderlicher Reparatur-Gesetzgebung.

7 Mündliche Anfragen

RM Herr Dr. Strahl fragt, mit wie vielen Personen das Angebot Anfang Dezember aufrecht erhalten werden könne.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, man habe 2,65 medizinische Fachkräfte, 2,65 Sozialarbeiter sowie 5 Hilfskräfte. Die Notfallsanitäter sowie Pflegefachkräfte würden ausgeschrieben. Zu Beginn werde man die medizinische Kompetenz im Gesundheitsamt mit einsetzen.

RM Herr Paetzold fragt, ob geklärt sei, ob man die Fragen und Antworten aus dem Bieterverfahren veröffentlichen könne und wann man diese bekäme.

Herr Dr. Rau bejaht dies. Der Fragenkatalog werde zur Verfügung gestellt, sobald das Gremium dies wünsche. Man benötige hierfür einen Beschluss.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Unna formuliert folgenden Beschluss: Der Gesundheitsausschuss beschließt, dass die Verwaltung die entsprechenden Fragen und Antworten den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung stellt.

Herr Dr. Rau merkt an, der Fragenkatalog werde unter der Bedingung der Nichtöffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

SB Frau Houben fragt wie optimistisch man hinsichtlich der genannten Planung sei.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, man sei sehr optimistisch.

Herr Dr. Rau ergänzt, das Ministerium lege Wert darauf, die komplett fertige Situation vor Ort zu betrachten. Erst dann werde die Genehmigung erteilt.

SE Dr. Theisohn bemerkt, es gebe auch ältere Süchtige. Er freue sich, wenn auch diese Gruppe, die sich in der Regel nicht selbst süchtig gemacht habe, auch betrachtet werde.

Herr Dr. Rau klärt auf, dass das Suchthilfekonzept auch die Angebote im legalen Bereich erfasse. In den illegalen Bereichen seien die über 65-jährigen kaum anzutreffen. Man habe bisher kein spezielles Alterskapitel. Aber es sei in den Behandlungsstrukturen vorgesehen.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Unna fragt nach der Vorlage 3618/2019 und bittet um deren Vorlage im nächsten Ausschuss.

Der Gesundheitsausschuss beschließt, dass die Verwaltung die entsprechenden Fragen und Antworten (Anmerkung der Geschäftsführung: im Vergabeverfahren des mobilen Drogenkonsumraumes) den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung stellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Gez.Dr. Unna

Ausschussvorsitzender

Gez.Kohlhof

Schriftführerin